

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Kindertagesbetreuung
Mohr, Bettina Telefon: 07071 204-1454
Gesch. Z.: 5/

Vorlage 108/2023
Datum 20.06.2023

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff:	Satzung über die Nutzung der Kindertageseinrichtungen der Universitätsstadt Tübingen (Nutzungssatzung Kindertageseinrichtungen)
Bezug:	292/2020; 6/2023 bis 6f/2023
Anlagen:	Anlage - Nutzungssatzung

Beschlussantrag:

Die Satzung über die Nutzung der Kindertageseinrichtungen der Universitätsstadt Tübingen (Nutzungssatzung Kindertageseinrichtungen) in Anlage 1 wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Mit den Vorlagen 6/2023 bis 6f/2023 hat der Gemeinderat Änderungen der Betreuungszeiten in den städtischen Kindertageseinrichtungen ab dem Kindergartenjahr 2023/24 beschlossen.

Diese Veränderungen machen eine Neufassung einzelner Paragraphen der Nutzungssatzung erforderlich. Darüber hinaus sollte an den Stellen Änderungen vorgenommen werden, bei denen sich in der Vergangenheit Schwierigkeiten ergeben haben und eine Veränderung der Satzung für den reibungslosen Betrieb einer Kindertageseinrichtung nötig erscheint.

2. Sachstand

Die Neufassung der Satzung ist als Anlage dieser Vorlage beigelegt. Im Folgenden werden die Veränderungen benannt und begründet:

- 2.1. § 2 Betreuungsangebote und Verpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen
Alle Passagen, in denen es um die Öffnungszeiten und Verpflegungsangebote geht, wurden so überarbeitet, dass sie den Öffnungszeiten und Bezeichnungen aus der Vorlage 6/2023 entsprechen.

Der Beginn der Frühbetreuung wurde so formuliert, dass sie nicht mehr fix um 7:00 Uhr beginnt, sondern eine halbe Stunde vor Öffnungszeit der jeweiligen Gruppe. Diese Anpassung wurde nötig, da ab September 2023 Öffnungszeiten nach Rücksprache mit der Elternschaft in unterschiedlichen Einrichtungen zu unterschiedlichen Uhrzeiten beginnen können.

- 2.2. § 4 Aufnahme eines Kindes in eine städtische Kindertageseinrichtung
In diesem Paragraphen wurden die bisherigen Absätze in eine chronologische Reihenfolge gebracht, die neuen Vergabekriterien eingearbeitet und das Zustandekommen des Benutzungsverhältnisses konkretisiert.

Bei der bisherigen Formulierung wurde nicht beschrieben, dass Eltern bei der Kita Platzsuche ein Wunsch- und Wahlrecht haben. Es wurde pauschal festgelegt, dass in der Regel eine wohnortsnahe Betreuung angeboten wird. Die angepasste Formulierung belässt die Regelungen zur Wohnortsnähe, benennt zunächst jedoch die Wünsche der Familien, die über die Anmeldung bei der zentralen Vergabestelle geäußert werden.

In die Satzung neu eingefügt wird unter Punkt (5) ein Passus zur Vorgehensweise bei unvorhergesehenen Ereignissen. Diese war bisher lediglich Bestandteil der schriftlichen Zusage durch die zentrale Vergabestelle.

Ebenfalls neu ist der Punkt (7), welcher das Vorgehen regelt, sollten bei früheren Betreuungsverhältnissen Verstöße gegen das Benutzungsverhältnis entstanden sein.

- 2.3. § 6 Betreuungsbeginn
In § 6 wurde entsprechend des Vorgehens in den Kindertageseinrichtungen die einzelnen Schritte konkretisiert.

Im bisherigen Absatz (2) d.) nach neuer Zählung Absatz (4) d) wurde am Schluss eine

Übergangsregelung zur Nachweispflicht gestrichen, da diese inzwischen ausgelaufen ist und damit keine Gültigkeit mehr besitzt.

Zusätzlich aufgenommen wurde unter (5), dass die Sorgeberechtigten für die Kita relevante Änderungen wie zum Beispiel Telefonnummern oder Adresse, der Einrichtung mitteilen müssen, insbesondere, um im Notfall erreichbar zu sein.

2.4. § 7 Besuch der Kindertageseinrichtung

In § 7 gibt es zwei Neuerungen. Dies ist zum einen die Benennung des Vorgehens der Insulingabe bei Kindern mit einer Diabetes Erkrankung und zum anderen der Hinweis, dass auf dem Gelände der Kindertagesstätte das Rauchen, so wie der Konsum von Alkohol verboten ist.

2.5. § 8 Öffnungs- und Schließzeiten

In § 8 wurde der Absatz (3) eingefügt, der die Ausnahmesituation regelt, die entsteht, wenn der vorgeschriebene Mindestpersonalschlüssel nicht eingehalten werden kann.

In diesen Fällen können Kitas Öffnungszeiten einschränken oder den Betrieb ganz einstellen.

2.6. § 13 Abmeldung durch die sorgeberechtigten Personen

Die Absätze (5+6) wurden ergänzt und ermöglichen den Eltern bei einer nicht gelungenen Eingewöhnung oder bei einem Kita Wechsel zu einem anderen Träger im Stadtgebiet eine Abmeldung zum Monatsende, ohne Einhaltung einer längeren Frist.

2.7. § 14 Widerruf der Zulassung

In diesem Paragraph gibt es mehrere neue Punkte. Bisher gab es nur sehr wenig Möglichkeiten, auf Schwierigkeiten zu reagieren und ggf. ein Betreuungsverhältnis zu beenden.

Nach wie vor vertritt die Fachabteilung die Meinung, dass kein Kind seinen Platz in einer Kindertageseinrichtung verlieren sollte. Allerdings haben die letzten Jahre gezeigt, dass es Situationen gibt, die zumindest eine Androhung der Beendigung oder im schlimmsten Fall auch den Widerruf der Zulassung ermöglichen sollten.

Der Absatz (1) wurde ausführlicher beschrieben. Die Vorgehensweise, die in einem zurückliegenden Einzelfall mit der Rechtsabteilung abgesprochen wurde, wurde hier verschriftlicht.

Der Absatz (2) wird um die Uneinigkeit über die der Einrichtung zugrundeliegenden Konzeption ergänzt.

Der Absatz (5) wurde ergänzt. Er bezieht sich darauf, dass in der Vergangenheit Familien einen Platz erhalten haben, den sie bei korrekten Angaben nicht angeboten bekommen hätten. So wurde z.B. der Wegzug aus dem Stadtgebiet verschwiegen. Der Kitaplatz hätte entsprechend der Tübinger Vergabekriterien nicht an diese Familie vergeben werden dürfen. In der Folge konnte einem Tübinger Kind mit Rechtsanspruch kein Platzangebot gemacht werden.

Der Absatz (6) wurde ergänzt und regelt das Vorgehen, wenn eine Familie aus dem Stadtgebiet Tübingen wegzieht. Damit die betreffenden Kinder nicht unterjährig

abgemeldet werden müssen, können sie regelmäßig noch bis zum Kindergartenjahres Ende in ihrer Gruppe verbleiben und erleben so einen Abschiedsprozess anhand der Gruppenphasen, da zum Ende des Kindergartenjahres ohnehin viele andere Kinder die Gruppe verlassen. Um im Sinne der Umsetzung des Satzungszwecks den Kindern mit Hauptwohnsitz in Tübingen auf der Warteliste ein Platzangebot machen zu können ist dieses Vorgehen wichtig.

Der Absatz (7) wurde ergänzt, da es inzwischen leider immer wieder vorkommt, dass Fachkräfte in den Kitas bedroht und beleidigt werden. Die Drohungen richteten sich sowohl gegen die Mitarbeitenden selbst als auch gegen die Unversehrtheit deren Familien.

Der Absatz (8) wurde ergänzt, da es in der Vergangenheit einen entsprechenden Fall gab. Die Familie hatte jegliches Gespräch verweigert und die Kita nicht mehr betreten. Eine für die Begleitung und Betreuung des Kindes zwingend erforderliche vertrauensvolle und verlässliche Zusammenarbeit im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft war nicht mehr möglich.

Der Absatz (9) wurde ergänzt, um Plätze von Kindern, die weggezogen sind und nicht abgemeldet wurden, möglichst frühzeitig wieder anderen Kindern zugänglich zu machen. In der Regel melden Eltern ihre Kinder rechtzeitig ab, um die Kita Gebühren nicht unnötig bezahlen zu müssen. Dieser Druck fällt bei einer Bezahlung durch das Jugendamt weg. Ohne diese neue Regelung könnte der Platz nicht automatisch neu vergeben werden, da die Gebühr weiterhin bezahlt wird und das Benutzungsverhältnis von Elternseite aus nicht beendet wurde.

3. **Vorschlag der Verwaltung**

Die Satzung über die Nutzung der Kindertageseinrichtungen der Universitätsstadt Tübingen (Nutzungssatzung Kindertageseinrichtungen) nach Anlage 1 wird beschlossen.

4. **Lösungsvarianten**

Einzelne Paragraphen werden abweichend vom Vorschlag der Verwaltung geregelt.

5. **Klimarelevanz**

Keine